

*
*
*
*
*
*
*
*
*
ÜBERSICHTEN
*
*
*

AUSSENPOLITIK

*
*
*

AFRIKA UND NAHOST

* (1) Chinesischer Vier-Punkte-Vorschlag für Hilfe an Afrika

Im Mai 1986 fand die 13. Sondersitzung der UNO statt, die zum ersten Mal dem Problem der wirtschaftlichen Probleme Afrikas gewidmet war, und an der Minister aus über achtzig Ländern teilnahmen. Dabei kam es auch zur Verabschiedung eines als "UNO-Aktionsprogramm für die afrikanische wirtschaftliche Wiederbelebung und Entwicklung 1986 bis 1990" betitelten Schlußdokuments, das auf der Basis des von der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) unterbreiteten Fünfjahresplans erstellt wurde. Das 200seitige Programm stellt mittel- und langfristige Entwicklungsziele für Afrika auf und analysiert die Ursachen für die anhaltende Unterentwicklung Afrikas; es weist auch darauf hin, daß Ursachen für die Misere einerseits die jahrzehntelange koloniale Ausplünderung und andererseits die falsche Strukturpolitik der nachkolonialen Regierungen gewesen seien. Die UNO-Resolution enthält jedoch keine verbindlichen finanziellen Verpflichtungen der entwickelten Länder für das Programm, dessen Durchführung 4,6 Mrd. US\$ erfordert. Auch hinsichtlich der Schulden, der Sicherung von Warenpreisen und der Verbesserung der Welthandelsbedingungen wurden keine konkreten Zusicherungen gemacht.

China hatte zur Diskussion einen Vier-Punkte-Vorschlag eingebracht:

(1) Die Entwicklungshilfe für Afrika müsse erhöht werden, insbesondere die Hilfe zur Entwicklung der Landwirtschaft und Getreideproduktion - mit dem Ziel der Selbstversorgung.

(2) Die westlichen Gläubigerländer sollten Maßnahmen zur Umschuldung treffen, bessere Rückzahlungsbedingungen gewähren oder aber die Schulden ganz erlassen.

(3) Der westliche Handelsprotekt-

tionismus solle abgeschafft und den afrikanischen Ländern ein besserer Marktzugang eröffnet werden. Vor allem müßten die gegen afrikanische Produkte gerichteten nichttarifären Handelshemmnisse beseitigt, Maßnahmen zur Steigerung und Stabilisierung der Exportpreise für afrikanische Primärprodukte getroffen, dem drastischen Rückgang der afrikanischen Exporteinnahmen Einhalt geboten und Wege gefunden werden, um den afrikanischen Export zu erhöhen.

(4) Im Hinblick auf eine Verbesserung der Währungsituation sollten die Kapitalzuflüsse in die afrikanischen Länder vermehrt, die Kreditbedingungen verbessert und den afrikanischen Ländern auch mehr Vorzugskredite gewährt werden. (XNA, 30.5.86)

China selbst wolle den afrikanischen Ländern langfristige und billige Kredite anbieten und damit fortfahren, bei der Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie Hilfe zu gewähren sowie Nahrungsmittelhilfe zu leisten. Des weiteren werde China auch in Zukunft Ausbildungszentren für Agrotechniker und für die Managerausbildung errichten. Konzentrieren werde sich China vor allem auf (1) Bewässerungstechnologie, (2) Antidiserfiktionsmaßnahmen, (3) ländliche Energiegewinnung, vor allem im Bereich der Biogastechnologie, (4) Aufbau von Institutionen - vor allem im Genossenschaftswesen, (5) Ausbildung beim landwirtschaftlichen Dienstleistungswesen, vor allem bei der Viehzucht und im Veterinärwesen, (6) Saatverbesserung und (7) ländliche Kleinindustrie (XNA, 19.5.86). Ferner entsendet China Ärztgruppen.

U.a. schlägt China auch Hilfe für Afrika durch trilaterale Zusammenarbeit vor: China wolle afrikanischen Ländern Technik und Know-how für ihre Getreideproduktion und für die landwirtschaftliche Entwicklung anbieten, während Spenderorganisationen (sowohl aus westlichen Ländern als auch internationale Organisationen) die dafür nötigen Geldmittel aufbringen sollten (BRu 1986, Nr. 29, S. 25 f.).

Immer wieder weist China auch darauf hin, daß die afrikanischen Staaten brauchbare Wege zur Lösung ihres Bevölkerungsproblems finden müßten, wobei die volkrepublikanischen Vertreter ja auf Erfahrungen im eigenen Lande verweisen können (so schon BRu 1984, Nr. 25, S. 11). Auch das Flüchtlingsproblem müsse gelöst werden. Die Hauptgründe für die millionenfache Flucht in Afrika seien erstens Grenzkonflikte sowie regionale Kriege, zweitens die südafrikanische Diskriminierungspolitik,

drittens die "falsche Politik", wie sie von den früheren Regimes in Uganda, Guinea und Äquatorialguinea lange Zeit hindurch betrieben worden sei, viertens Stammesgegensätze, so z.B. die Auseinandersetzung zwischen den zwei Hauptstämmen Ruandas, den Bahutu und den Watutsis. Fünftens aber hätten riesige Trockenheitskatastrophen die Flucht von Millionen von Menschen ausgelöst, u.a. in Äthiopien und Mozambique (XNA, 10.7.84). Aufgabe des Auslandes sei es, hier humanitäre Entwicklungshilfe zu gewähren.

China ruft aber nicht nur zur Außenhilfe für die Länder Afrikas auf, sondern verlangt vor allem Eigenanstrengungen. Hoffnungsvoll stimme es vor allem, daß zahlreiche afrikanische Länder sich auf neue Wege besinnen und damit begännen, Wirtschaftsreformen durchzuführen, vor allem die Landwirtschaft neu zu beleben und "blinden Industrialisierungsdrang" zu zügeln. Zu begrüßen sei auch die zunehmende Belebung von Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen.

In einer systematischen Untersuchung über die "wirtschaftliche Situation südlich der Sahara" bringt Wang Hexing eine Auflistung von Symptomen, Ursachen und Therapien, die hier in ihren Grundzügen wiedergegeben seien:

Die Krisensituation der afrikanischen Staaten äußere sich in folgenden Symptomen: (1) anhaltender Rückgang des Wirtschaftswachstums und Verminderung des Pro-Kopf-Einkommens. Nach den von der UNO festgelegten Kriterien gehörten 25 Länder südlich der Sahara zu den 36 am meisten unterentwickelten Ländern der Erde. (2) Anhaltende Zahlungsbilanzdefizite und akuter Geldmangel für die nationale Entwicklung. (3) Dürrekatastrophen.

An Ursachen für die wirtschaftlich angespannte Situation Afrikas seien folgende Punkte zu nennen: (1) die Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts; (2) niedrige Exportpreise für Rohstoffe; (3) Fehlschlagen der Binnenwirtschaftspolitik, vor allem Vernachlässigung der Getreideproduktion; (4) überschnelles Bevölkerungswachstum und Rückgang der Selbstversorgungsrate bei Getreide; (5) Bürgerkriege in dichter Folge und drastische Steigerung der Flüchtlingszahl.

Angesichts der Situation seien folgende Gegenmaßnahmen empfehlenswert: (1) Umorientierung der Wirtschaftspolitik zugunsten der Landwirtschaft; (2) gegenseitige Hilfeleistung der afrikanischen

Länder und Bildung von übernationalen Organen zur Katastrophenbekämpfung; (3) internationale Notmaßnahmen zur Katastrophenbekämpfung, vor allem seitens der Entwicklungsländer und der UNO.

Die Zukunftsaussichten der afrikanischen Wirtschaften würden durch folgende Rahmenbedingungen verüstert: (1) fehlende Preisstabilität beim Export von Primärprodukten; (2) Ausbleiben substantieller Entwicklungshilfe; (3) schnell steigende Bevölkerungszahl.

Positiv könnten sich aber auf der anderen Seite folgende Bedingungen auswirken: (1) Reform der Wirtschaftsstruktur, vor allem Verbesserung der Landwirtschaft; (2) wirtschaftliche Kooperation zwischen den afrikanischen Ländern. (BRu 1985, Nr. 45, S. 21 ff. und Nr. 46, S. 24 ff.)

Diese höchst nüchterne Analyse steht in krassem Gegensatz zu der vor allem von Hu Yaobang von Zeit zu Zeit immer wieder geäußerten Meinung, daß Wirtschaftsprobleme und Dürre in Afrika letzten Endes Resultate des Kolonialismus seien.

Schon Mitte 1985 äußerte sich China positiv über die Entwicklung der Nahrungsmittelsituation in Afrika (XNA, 10.6.85). Noch im vorangegangenen Jahr hatte China 120.000 t an Getreide für Katastrophengebiete in Afrika zur Verfügung gestellt (XNA, 18.12.84). 1985 waren es 50.000 t (XNA, 14.3.85). Beifällig wurden in China auch die Wohltätigkeitskonzerte der Popmusiker in westlichen Ländern aufgenommen (XNA, 16.7.85).

Etwas zwiespältig war die Einstellung zu den Auswirkungen der Getreidelieferungen. Die Getreidelieferungen der westlichen Länder hätten zwar der Getreideknappheit an einigen Orten abgeholfen, doch sei das Importgetreide gewöhnlich in die Städte und Kleinstädte geliefert worden, nicht dagegen auf die besonders notleidenden Dörfer; außerdem hätten sie die Eßgewohnheiten der Menschen verändert (Reis und Weizen statt des traditionellen Manioks und Sorghum). Nicht zuletzt aber sei durch die wohlgemeinten Gratislieferungen der Anreiz für die heimischen Bauern verlorengegangen, weiterhin Getreide über die Subsistenz hinaus zu erzeugen (z.B. BRu 1985, Nr. 12, S. 11 f.). Diese Kritik mag zwar zutreffen, doch fragt man sich sofort, ob sie nicht auch für die (zweifelloso gutgemeinte) chinesische Getreidehilfe gilt.

In diesem Zusammenhang ist auch noch der Beifall Chinas für "Lome III" zu erwähnen, also jenes Abkommen zwischen der EG und 64

AKP-Ländern (Afrika, Karibik und Pazifik), das im Dezember 1984 unterzeichnet wurde.

Das erste Lome-Abkommen war in der togolesischen Hauptstadt i.J. 1975 unterzeichnet worden. Im jeweiligen Abstand von fünf Jahren kam es dann zu einem Nachfolgeabkommen. Bei Lome III wurden die Finanzausgaben der EG im Vergleich zu Lome II (1981-1985) von insgesamt 12,4 auf 19 Mrd. DM erhöht. Im handelspolitischen Teil der Konvention verpflichtete sich die EG zu einer großzügigeren Behandlung von AKP-Exporten.

Nach chinesischer Auffassung ist mit den Lome-Abkommen ein neues Kapitel in den Nord-Süd-Beziehungen aufgeschlagen worden. -we-

* (2)

Erneute Zusammenstöße zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten

Höchst peinlich zeigen sich die chinesischen Behörden berührt, wenn es periodisch immer wieder zu Zusammenstößen zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten kommt, die angesichts des chinesischen Formalismus und der afrikanischen Spontaneität unvermeidlich zu sein scheinen. Einen ersten Zwischenfall dieser Art hat es im Juli 1979 am Shanghaier Textilinstitut gegeben. Die Unruhen waren dort ausgebrochen, nachdem Studenten aus Afrika mit lauter Radiomusik die Mittagsruhe ihrer chinesischen Kommilitonen gestört und, zur Ruhe ermahnt, die Lautstärke noch erhöht hatten. Es kam zu gegenseitigen Beschimpfungen, wobei auf chinesischer Seite der Ausdruck "schwarze Teufel" zu hören war, und schließlich zu blutigen Schlägereien. Am Ende waren nicht weniger als 13 ausländische Botschaften in die Schlichtungsvermittlungen eingeschaltet - der ins Wasser geworfene Stein hatte m.a.W. weite Ringe gezogen. In den nächsten Tagen demonstrierten dann etwa hundert afrikanische Studenten gegen die "Rassendiskriminierung in China", ein Vorwurf, der den sich so "internationalistisch" gerierenden Behörden höchst unangenehm war (Einzelheiten in C.a., Juli 1979, Ü 15).

Der letzte ähnliche Fall fand im Mai 1986 statt. In einem ausführlicheren Bericht werden die Ereignisse folgendermaßen geschildert (XNA, 7.6.86, in SWB, 10.6.86): "Am Abend des 24. Mai versammelten sich ausländische Studenten der Tianjin-Universität im Speisesaal, um den Afrikanischen Befreiungstag zu feiern. Die Schulleiter und Vertreter der chinesischen Studenten nahmen an der Eröffnungsfeier teil und gratulierten. Um 11.30 Uhr vormit-

tags begannen die ausländischen Studenten mit einer Tanzveranstaltung im Speisesaal. Einige chinesische Studenten, die in der Nähe wohnten, gingen zum Speisesaal und baten die ausländischen Studenten, die Musik etwas leiser zu stellen, da sie am nächsten Tag an einem Sportwettbewerb zwischen Beijing, Tianjin und Shanghai teilnehmen wollten. Es kam zu einem Wortwechsel und einige ausländische Studenten warfen ihre Bierflaschen auf die chinesischen Studenten und verletzten einige von ihnen. Der dabei aufkommende Lärm ließ noch mehr chinesischen Studenten herbeieilen, von denen einige mit Steinen zu werfen begannen, während die ausländischen Studenten mit Bierflaschen zurückwarfen. Um 12.10 Uhr kamen die Universitätsbehörden zur Speisehalle und brachten den halbstündigen Konflikt zum Stillstand. Zwei chinesische Studenten wurden dabei ernsthaft verletzt und einige andere chinesische sowie afrikanische Studenten leicht verletzt. Die Schulbehörden brachten 16 Studenten aus asiatischen und afrikanischen Ländern in einen Küchenraum, um sie dort zu beschützen. Am nächsten Morgen wurden sie von der Polizei zu einem sicheren Platz gebracht und so von den chinesischen Studenten besser isoliert. Nach dem Zwischenfall gingen über 500 chinesische Studenten zur Stadtregierung von Tianjin und verlangten die Bestrafung der schuldigen ausländischen Studenten; einige ausländische Studenten traten mit dem gegensätzlichen Verlangen an die Behörden heran." (XNA, 7.6.86)

Afrikanische Studenten gibt es in China seit 1959. Unter den 3.500 ausländischen Studenten, die sich 1986 in China aufhalten, sind 1.600 aus afrikanischen Ländern - ausnahmslos Stipendiaten der chinesischen Regierung. "Allgemein gesprochen" sei das Verhältnis zwischen chinesischen und ausländischen Studenten gut. Vor allem gebe es keine Sicherheitsprobleme. "Angesichts der verschiedenen Sitten und des verschiedenen kulturellen Milieus sowie der Neigung vieler junger Leute, leicht in Erregung zu geraten", habe es jedoch einige "unglückliche Zwischenfälle" zwischen chinesischen und ausländischen Studenten gegeben. Auf keinen Fall könnte man in diesem Zusammenhang jedoch von "rassischer Diskriminierung" sprechen. Alle Übeltäter würden vielmehr gleich bestraft.

Einige ausländische Medien hätten den Vorfall in ihren verfälschten Berichten aufgebauscht, ehe sie überhaupt Klarheit gewonnen hätten, und damit viel Schaden angerichtet. Der Vorfall sei ein isoliertes Ereignis und er werde in geeig-

neten Weise behandelt. Die "Staatliche Erziehungskommission" habe sich um den Fall intensiv gekümmert und mit den betreffenden afrikanischen Ländern auch einen ausführlichen Meinungsaustausch geführt (XNA, 30.5.86).

Man muß sich allerdings fragen, warum sich solche Zwischenfälle ausgerechnet mit afrikanischen Studenten ereignen! -we-

*(3)

Südafrika: Bischof Tutu auf China-besuch

Vom 8. bis 15. August hielt sich Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu zu einem Besuch in Beijing, Shanghai und Xi'an auf, und zwar auf Einladung des Komitees der "Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der Protestantischen Kirche Chinas", der "Christlichen Gesellschaft Chinas" und der "Gesellschaft des chinesischen Volkes für Frieden und Abrüstung".

Der prominente Besucher wurde u.a. von Zhao Ziyang empfangen und erhielt von diesem die - bisher bereits unzählige Male wiederholte - Versicherung, daß China "auf seiten des südafrikanischen Volkes steht und seinen Kampf gegen die Apartheid und für Gleichberechtigung unterstützt".

Bischof Tutu forderte bei einer Rede vor 600 Besuchern in Beijing von der südafrikanischen Regierung die Annullierung der Notstandsgesetze, die Freilassung der politischen Gefangenen und Verhandlungen mit den "wirklichen Vertretern des Volkes" zwecks Ausarbeitung einer Verfassung. Außerdem rief er die internationale Gemeinschaft auf, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Jahrzehntlang habe das "südafrikanische Volk" den gewaltlosen Kampf gesucht, doch jetzt sehe es sich gezwungen, gegen die "Eskalation der Gewalt von seiten der südafrikanischen Regierung" Notwehr zu üben.

Er, Tutu, habe, obwohl er den Nobelpreis bekommen habe und Erzbischof von Kapstadt sei, kein Wahlrecht, während andererseits ein 18jähriger Weißer zur Urne gehen dürfe.

In der Shanghaier Kathedrale von Xujiahui predigte Bischof Tutu vor mehr als tausend Katholiken und rief zur Verteidigung der Gleichberechtigung und der Menschenwürde auf.

Artig lobte Tutu auch die wiedergewonnene Religionsfreiheit in China - allein in Shanghai gebe es 23 Kirchen! (XNA, 14. und 15.8.86)

Seit Jahren schon setzt sich die chi-

nesische Propaganda engagiert gegen die "südafrikanischen Behörden" und für das "afrikanische Volk" ein. Über die "Behörden" wird ausschließlich Negatives berichtet, sei es, daß vom Schulboykott die Rede ist (16.7.86), von der Erhängung von Schwarzen oder von permanenten "neuen Provokationen" der "südafrikanischen Behörden".

Weitere bezeichnende Überschriften: "Die Schwarzen erwachen" (XNA, 21.7.86), "Südafrika gerät in immer größere Isolierung" (XNA, 8.8.86), "Pretorias Verbrechen des Staatsterrorismus" (XNA, 21.5.86), "UN-Resolution verurteilt Südafrika" (XNA, 21.6.85), "Unterdrückung kann den Kampf der südafrikanischen Schwarzen gegen die Apartheid nicht bremsen" (XNA, 8.8.85), "Afrikanische Studenten protestieren in Beijing gegen die Apartheid" (XNA, 24.7.85), "Pretoria ruft neue Turbulenzen i.J. 1985 hervor" (XNA, 16.12.85), "Wirtschaftssanktionen - eine gerechte Forderung der Afrikaner" (XNA, 21.6.86), "Südafrikanische Behörden wegen des 'Staatsnotstands' verurteilt" (XNA, 16.6.86). Die Liste solcher Überschriften ließe sich beliebig fortsetzen. Auch sonst läßt die chinesische Propaganda keine Möglichkeit aus, gegen Südafrika Empörung zu zeigen. Vor allem gibt es kein einziges von China mit anderen afrikanischen Staaten geschlossenes Kommuniqué, in dem nicht die Verurteilung Südafrikas und seiner Apartheidpolitik vorkäme. In seinen Darstellungen über Südafrika analysiert die chinesische Propaganda die wachsenden Wirtschaftsprobleme Südafrikas, stellt im einzelnen die Ungerechtigkeit der "Wahlen" dar, schildert die "aussichtslose Lage der Landarbeiter" oder der "Minenarbeiter", ohne freilich andererseits zu betonen, daß diese Menschen ohne Beschäftigung in Südafrika arbeitslos wären, schildert die Maßnahmen der USA und der europäischen Länder gegen Südafrika und fragt voller Mißtrauen, warum einige westeuropäische Länder hierbei nicht richtig mitzögen, fordert die Freilassung von Nelson Mandela und weist auch darauf hin, daß immer mehr Weiße auf der "Seite ihrer schwarzen Brüder und Schwestern" stünden. Sie verurteilen die Verhängung des Ausnahmezustands, finden aber auch kritische Worte, wenn dieser Ausnahmezustand wieder aufgehoben wird, bringen Einzelheiten über den "zunehmenden Polizeiterror", verurteilt den "Überfall auf Nachbarländer", also die von Südafrika so genannten "Polizeimaßnahmen" gegen Zimbabwe, Botswana und Sambia im Mai 1986 - kurz, man läßt kein gutes Haar an Südafrika, und dies, obwohl die chinesische Führung sehr

gut weiß, daß ihr objektiv bester "antihegemonistischer" Verbündeter im südlichen Afrika eigentlich niemand anderer ist als eben - Südafrika!

China befindet sich gegenüber Südafrika in der gleichen Position wie gegenüber Südkorea und Israel, die allesamt - objektiv gesehen - chinesische Interessen in der jeweiligen Region wahrnehmen, die aber ungeachtet dessen von der chinesischen Propaganda aufs schärfste gegeißelt werden.

Mehr noch: China unterstützt die organisierten Widerstandsbewegungen SWAPO, d.h. die Unabhängigkeitsbewegung für Namibia/Südwestafrika und den ANC, also den African National Congress, der den Widerstand in Südafrika organisiert.

Spätestens seit Anfang 1983 wird die SWAPO beispielsweise von China mit Waffen und Munition aller Art beliefert, wie einer der SWAPO-Führer, Sam Nujoma, nach viertägigen Gesprächen mit der chinesischen Führung in Beijing bekanntgab (IHT, 28.1.83). Weitere entsprechende chinesische Zusagen wurden der SWAPO von China beim Besuch einer SWAPO-Delegation im März 1985 gemacht (XNA, 18.3.85).

Auch die Untergrundorganisation des ANC erhält von China Hilfe aller Art. Eine solche Unterstützung wurde zuletzt wieder anlässlich der Visite einer ANC-Delegation in Beijing betont (XNA, 12.4.86). Bezeichnenderweise wurden die Hilfsversprechen sowohl gegenüber der SWAPO als auch gegenüber der ANC stets von Hu Yaobang ausgesprochen. Revolutionshilfe ist also nach wie vor Angelegenheit der Partei. Die Hilfe sei, wie es immer wieder heißt, "umfassend". Eigentlicher Führer des ANC ist Nelson Mandela, der allerdings seit 1965 im Gefängnis sitzt. An seiner Stelle hat stellvertretend Oliver Tambo die Führung übernommen. Tambo leitet die Organisation von seinem Exil in Sambia aus. Der ANC ist, wie Oliver Tambo in einem Interview ("Der Spiegel" 1985, Nr.33, S.88 ff.) ausführt, keine Partei, sondern eine Nationalbewegung, der Antikommunisten und Christen genauso angehören wie Kommunisten und Muslims. Die Mitglieder der KP Südafrikas besäßen allerdings, wie Tambo betont, keinen allzu starken Einfluß. Freilich sei man auf Waffenhilfe aus kommunistischen Staaten angewiesen, da die Bewegung über keinerlei eigene Mittel verfüge, um Waffen zu kaufen. Man nehme also Unterstützung, woher man sie bekommen könne. Die ANC erhalte Waffen aus Algerien, Tunesien, Nigeria und aus den sozialistischen Ländern. Tambo betont, daß der Kernsatz der

ANC nach wie vor laute "Südafrika gehört allen, die dort leben, Schwarzen wie Weißen"; antiweiße Ressentiments seien nur ein vorübergehendes Phänomen. Ganz anders sei es mit der AZAPO ("Azanian People's Organization") bestellt, die nichts mit Weißen zu tun haben wollen.

In der Freiheitscharta des ANC werde gefordert, daß die "Reichtümer des Landes dem Volk gehören" sollen - dies läuft also auf Nationalisierung der Banken und Bergwerke hinaus.

Differenzierungsüberlegungen sind der chinesischen Südafrikapolitik fremd: Zum einen will man die Gegensätze zwischen den beiden wichtigsten Befreiungsbewegungen nicht zur Kenntnis nehmen - kein Wunder, da man sich in diesem Zusammenhang bereits im früheren Mozambique und Angola die Finger verbrannt hat, nachdem man vorher jeweils die "falsche Partei" unterstützt hatte. Man nimmt aber auch nicht zur Kenntnis, daß sich die schwarze Bevölkerung aus einer Vielzahl von Völkern zusammensetzt, zwischen denen heftige Gegensätze und Rivalitäten bestehen, und daß beispielsweise in der Region Durban in letzter Zeit zahlreiche Zusammenstöße zwischen Zulus und anderen Völkern, aber auch zwischen verschiedenen Zulu-Frakturen stattfanden. Daß hier eines Tages ähnliche blutige Konflikte auftreten könnten wie früher beispielsweise in Ruanda-Burundi, wird nicht zur Kenntnis genommen.

Des weiteren muß man sich fragen, ob sich die chinesische Führung eigentlich schon klargemacht hat, daß vielleicht auch die Sowjetunion aus den Unruhen Vorteile ziehen und sich an der strategisch so wichtigen südafrikanischen Spitze festsetzen könnte.

Die Südafrikapolitik Beijings erscheint nach alledem allzu undifferenziert und pauschal - und auch etwas halbwehr, wenn man bedenkt, daß China sogar mit den wenigen afrikanischen Studenten in seinem Land gewisse Apartheidprobleme hat (vgl. dazu die andere Übersicht) und daß übrigens China auch mit südafrikanischen Firmen bereits Geschäfte (Mais betreffend) abgeschlossen hat.

Seit einem Regierungsbeschluß vom Mai 1985 gelten die in Südafrika lebenden Chinesen übrigens rechtlich als "Weiße". Bis dahin waren die mehreren Zehntausend Chinesen in Südafrika als "Nichtweiße" klassifiziert worden und durften nicht wählen - inzwischen sind sie "Weiße ehrenhalber" (NZZ, 1.6.85). -we-

ASIEN

*(4)

Neue Grenzverhandlungen zwischen Indien und China

Seit Wiederaufnahme der Grenzgespräche i.J. 1981 ist es inzwischen zu sieben Runden gekommen (einen Überblick über vorausgehende Gespräche gibt C.a., November 1983, Ü 3; C.a., November 1985, Ü 2). Die 7. Verhandlungsrunde fand vom 21. bis 23. Juli in Beijing statt, und zwar wiederum auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister - auf chinesischer Seite nahm Liu Shuqing teil. Von vornherein stand wieder fest, daß die Gespräche nicht nur auf die Grenzfrage eingeeignet werden, sondern daß darüber hinaus auch der kulturelle und wissenschaftlich-technische Austausch sowie andere bilaterale Fragen ins Gespräch kommen sollten.

Noch ehe die Gespräche freilich begannen, erfolgte ein scharfer Protest der indischen Regierung gegen angebliche chinesische Grenzverletzungen. Delhi erklärte, daß etwa vierzig Chinesen, zwanzig davon in Uniform, beim Grenzabschnitt Kameng im nordostindischen Staat Arunachal Pradesh etwa 7 km "auf indisches Territorium vorgedrungen" seien und dort ein Lager aufgeschlagen hätten.

Das Gebiet ist seit vielen Jahren zwischen China und Indien umstritten. China protestiert auch gegen die Verwendung des Namens Arunachal Pradesh.

Beijing konterte mit dem Hinweis, daß das Gebiet chinesisches Territorium sei. Bekanntlich geht es bei dem indisch-chinesischen Grenzstreit um eine Gesamtfläche von 128.000 qkm, und zwar im Westbereich von Jammu und Kashmir sowie im Ostbereich in "Arunachal Pradesh" (zur Rechtslage im einzelnen vgl. C.a., September 1984, S.505-508).

Die Behauptung, chinesische Truppen hätten im Sumdorong Chu-Tal "indisches Territorium" betreten, sei völlig unzutreffend. Erstens einmal werde nämlich die von den Indern in Anspruch genommene sog. "McMahon-Linie" von China ohnehin nicht anerkannt, da sie seinerzeit ohne chinesische Zustimmung gezogen worden sei (Näheres dazu C.a., September 1985, S.505-508). Zweitens aber handle es sich bei dem erwähnten Tal um ein Gebiet, das auch bei Anerkennung der McMahon-Linie nicht indisches Territorium wäre (XNA, 23.8.86).

Überschattet waren die Gespräche auch von anderen Grenzproblemen. Noch im Mai hatte Delhi anlässlich der Öffnung des Khunjerab-Passes

zwischen China und Pakistan für Drittländer offiziell protestiert. Der Khunjerab-Paß liegt auf dem zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Kashmir-Gebiet, auf das Indien Anspruch erhebt. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums hatte daraufhin bei einer Pressekonferenz betont, daß der Beschluß Chinas und Pakistans, am 1. Mai 1986 den Grenzübergang offiziell auch für Bürger dritter Länder zu öffnen, ein normales Anliegen der beiden benachbarten souveränen Staaten sei und daß kein anderes Land das Recht habe, sich in diese Fragen einzumischen. Die chinesische Seite habe mehrfach erklärt, die Vereinbarung berühre nicht die Frage der Zugehörigkeit der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kashmir (XNA, 3.5.86, in SWB, 5.5.86 und XNA, 14.5.86, in SWB, 15.5.86).

Dies war die Atmosphäre, in der beide Seiten an den Verhandlungstisch gingen. Noch am Vorabend der Verhandlungen wies Außenminister Wu Xueqian darauf hin, daß Indiens Beschuldigungen die Atmosphäre trübten. Die Grenzfrage sei beiden Ländern von der Geschichte hinterlassen worden und man habe aus der Situation das Beste zu machen. Noch während der Verhandlungen gab es eine erneute Eintrübung. In einem Bericht des Press Trust of India hieß es nämlich, daß China die Naga-Rebellen in Nordostindien mit Waffen unterstütze. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies darauf hin, daß dies nicht zutreffe und daß der Bericht des Press Trust offensichtlich darauf angelegt sei, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu unterminieren (XNA, 23.7.86).

Es kam, wie es kommen mußte - die Gespräche endeten wiederum "ohne substantielle Fortschritte" (so XNA, 24.7.86). Trotzdem wurde eine "freundliche und offene Atmosphäre" zugegeben.

Die Vorgänge um die 7. Verhandlungsrunde haben erneut gezeigt, daß es bis zur Normalisierung der chinesisch-indischen Beziehungen noch ein langer Weg ist. -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(5)

Konferenz der politischen Führung in Beidaihe über "geistige Zivilisation und politische Reformen"

Von Mitte Juli bis Mitte August 1986 hielt sich die zentrale politische Führung der Volksrepublik China nahezu geschlossen im Prominentensebad Beidaihe rund 400 km nordöstlich von Beijing auf. Seit